

Unsere Bürgerinitiative im Gespräch mit CDU-Regionalfraktion in Backnang-Steinbach und auf dem Backnanger Wasserturm

Die Entscheidungsträger der CDU-Regionalfraktion waren am 27. Juli in Backnang-Steinbach und am Backnanger Wasserturm vor Ort. Die Regionalfraktion hatte zu Besuchen in der Region Stuttgart eingeladen, um an konfliktreichen, möglichen Windkraftstandorten mit den Bürgern ins Gespräch zu kommen und sich von der jeweiligen Situation ein Bild zu machen.

Der erste Treffpunkt war auf dem Backnanger Wasserturm mit gutem Blick auf die vorgesehenen Vorranggebiete Amalienhöhe (WN-07), Mönchsgarten (WN-09) und Zollstock-Springstein (WN-12), der zweite an der Kirche in Backnang-Steinbach. Hier waren mehr als 50 Bürger aus dem betroffenen Gebiet erschienen - darunter vorwiegend Mitglieder unserer BI Gegenwind Zollstock-Springstein und eine Handvoll Befürworter vom Forum Rückenwind.

Nach Begrüßung durch OB Dr. Frank Nopper auf dem Wasserturm eröffnete MdB Dr. Pfeiffer die Veranstaltung mit den Worten, die CDU möchte sich einen Überblick über das Pro und Kontra der geplanten Windkraftanlagen (WKA) im Raum Backnang machen. Herr Setzer, Leiter des Stadtplanungsamts Backnang, erläuterte die baulichen Belange, insbesondere auch die Probleme mit der Flugsicherung durch die Nähe zum Drehfunkfeuer in Affalterbach. Die ehemals geplanten 6 WKA auf dem Zollstock-Springstein stören den Betrieb dieser Anlage in unzulässiger Weise. Deswegen hat das Bundesaufsichtsamt für Flugsicherung (BAF) den Bau dieses Windparks untersagt. Auch die geplanten Anlagen bei Aspach würden im Schutzbereich des 15-km Radius liegen. Er sprach den Eingriff in das Landschaftsbild an und räumte ein, dass die WKA weithin zu sehen sein werden.

Martin Röhrs, Leiter des Geschäftsbereichs Forst im Landratsamt Rems-Murr-Kreis, sprach über die Eingriffe in die Natur und speziell in den Wald. Er äußerte starke Bedenken hinsichtlich der erforderlichen Zuwegung, da das Erdreich im Gebiet Zollstock-Springstein sehr wenig Halt biete. Es müsse deshalb sehr weit in den Hang hinein gegraben werden, sogar Hang weggenommen werden, um einen stabilen Fahrweg herzustellen. An anderen Stellen müsse stark aufgefüllt werden. Die Schäden für das Gebiet seien groß - das Gelände sei deshalb wenig geeignet für den Bau der WKA.

Dr. Nopper erläuterte, dass die Regionalräte lediglich Einfluss auf die erste Hürde des Entscheidungsprozesses hätten. Die zweite Hürde sei das immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren, das beim Landratsamt geführt werde sowie das Genehmigungsverfahren für die Waldumwandlung.

Mit großen Schildern machte unsere Initiative Gegenwind in Backnang-Steinbach mit Nachdruck auf ihre Argumente aufmerksam. Sie sprach auch hier das K.O.-Kriterium – das Bauverbot des Bundesaufsichtsamts für Flugsicherung – für die geplanten Windräder auf dem Zollstock-Springstein an. Sie forderte die CDU-Vertreter des Verbands Region Stuttgart auf, Gebiete, in denen Konflikte mit der Flugsicherheit bestehen, nicht als Vorranggebiete auszuweisen. Die Deutsche Flugsicherung und das BAF hätten bereits schon im November 2013 den Verband Region Stuttgart auf diesen Tatbestand aufmerksam gemacht.

Die massiven Eingriffe in die Natur und das Tötungsverbot geschützter Arten nach dem § 44 des Bundesnaturschutzgesetzes wurden ebenso angesprochen wie die zu geringe Windhöflichkeit und die somit fehlende Wirtschaftlichkeit. Die Befürworter begründeten ihr Eintreten für die Windkraft lediglich emotional mit dem Erhalt einer guten Umwelt für die Nachkommen und dem angeblichen Schutz des Klimas, wobei es hierzu keinerlei valide Zahlen gibt.

Einige Bürger appellierten an die CDU-Regionalfraktion, das Landschaftsbild in die Abwägungen miteinzubeziehen. Jede Gemeinde im Naturpark Schwäbisch-Fränkischer Wald werbe mit der Schönheit der Natur, der Naherholung und dem Tourismus in dieser Region. Windparks seien damit nicht vereinbar. Ein zusammenhängendes Waldgebiet, in dem zahlreiche besonders geschützte Arten wie z. B. der Rotmilan und die Gelbbauchunke leben, werde zerstört. Auch die Kosten für die Stromverbraucher wurden angesprochen, die sie für nicht eingespeisten Strom aus der Windkraft zu bezahlen haben – denn Betreiber von Windkraftanlagen erhalten auch dann ihre Vergütung, wenn ihre Windräder wegen zu viel Strom im Netz abgeregelt werden müssen.

Trotz der unterschiedlichen Meinungen und immer wieder aufkommender Emotionen verlief die Veranstaltung sachlich und informativ. Die Argumente unserer Initiative Gegenwind konnten gegenüber den Aussagen der Befürworter dank größerer Stichhaltigkeit und Sachlichkeit klar überzeugen.

Am 30. September wird in der Regionalversammlung entschieden, welche Standorte als Vorranggebiete bleiben und welche herausfallen.